

**Arbeit  
für**

# **Salzburg**

Leitantrag für den 24. Landestag  
des ÖAAB Salzburg am 16. März 2023



# INHALTSVERZEICHNIS

Für die arbeitende Bevölkerung	Seite	3
Kinderbetreuung	Seite	4
Bildung	Seite	6
Wohnen	Seite	8
Pflege	Seite	10

## Impressum

Medieninhaber & Herausgeber: ÖAAB Landesorganisation Salzburg,  
Merianstr. 13, 5020 Salzburg, Tel.: 0662/869833, [www.oeaab-sbg.at](http://www.oeaab-sbg.at), [oeaab@oeaab-sbg.at](mailto:oeaab@oeaab-sbg.at).  
Redaktion: LGF Jurica Mustac MA BA und Gabriel Stijepic  
Layout, Satz und Druck: Daniela Blahak

# Für die arbeitende Bevölkerung

## Überstunden nicht von der Steuer fressen lassen.

In Österreich fallen fast fünf Prozent des gesamten geleisteten Arbeitsvolumens der unselbständig Beschäftigten in Form von Überstunden oder Mehrarbeitsstunden an. Angesichts des massiven Arbeitskräftemangels und der damit verbundenen Notwendigkeit von Überstunden und zu langer Arbeitszeiten ist dies eine unbefriedigende Situation.

Viele Menschen wollen diese Überstunden auch machen. Aber der Staat soll hier nicht mitverdienen, die steuerliche Begünstigung der Überstunden muss dringend ausgeweitet werden. Gerade vor dem Hintergrund der Teuerung muss den Menschen eine Möglichkeit gegeben werden, dass sich eine Mehrleistung auch im Geldbörsel niederschlägt.

Eine bessere Besteuerung von Überstunden ist eine Frage der Fairness. Die derzeitige Rechtslage sieht vor, dass zehn Überstunden in der Höhe eines Maximalbetrages von 86 Euro steuerfrei sind. Wir setzen uns dafür ein, dass künftig bis zu 20 Überstunden pro Monat in einer Höhe von 200 Euro steuerbefreit sind. Diese Maßnahme ersetzt zwar keine Arbeitskräfte, schafft aber eine Möglichkeit den vorherrschenden Mangel etwas auszugleichen.

Leistung muss sich lohnen und darf nicht von Steuern wegfressen werden!

Deswegen setzen wir uns für eine Ausweitung der besseren Besteuerung von Überstunden auf 20 Stunden pro Monat ein, um ein Zeichen der Anerkennung von Einsatz zu setzen.

## Kilometergeld.

Laut neuesten Berechnungen der Statistik Austria liegen die Preissteigerungen für Pkw-Besitzer von 2021 auf 2022 bei stolzen 17,2 Prozent, also beim Doppelten des allgemeinen Preisniveaus.

Eine sofortige Erhöhung des Kilometergeldes ist jetzt mehr als nur angebracht: Den Beschäftigten, die im Job auf ihre Fahrzeuge angewiesen sind, ist das Defizitgeschäft nicht länger zuzumuten. Mit dem seit 14 Jahren gleich hohen Kilometergeld von nur 0,42 Euro finanziert der Mitarbeiter seinen Arbeitgeber, kann aber damit nicht mehr die Kosten für den Betrieb des Fahrzeuges abdecken!

Größter Preistreiber waren die Kraftstoffe, die im Vorjahr [2022] um 42 Prozent zugelegt haben. Aber auch die Anschaffungskosten stiegen 2022 um 21,5 Prozent massiv an. Besonders schmerzlich für den Klimaschutz zusätzlich: Der massive Preisanstieg bei Elektro- und Hybrid-Fahrzeugen verhindert auch den schnellen Austausch hin zu alternativen Antrieben und entfernt sich daher immer mehr von der Erreichung der geplanten Klimaziele.

In diesem Zusammenhang wäre auch eine Senkung der Mineralölsteuer, eine nachhaltige Reform der Pendlerpauschale und einer Erhöhung des Kilometergeldes für jene, die mit dem privaten Pkw Fahrten für ihre Arbeitgeber durchführen müssen, mehr als angebracht. Für uns als ÖAAB Salzburg ist klar, dass Mobilität leistbar bleiben muss, wenn wir im Wettbewerb bestehen bleiben wollen.

# Kinderbetreuung

Bildung ist die Chance für junge Menschen, sich für ihre Zukunft zu rüsten und die Möglichkeit für jede Einzelne und jeden Einzelnen, ihre bzw. seine Talente zu entfalten. Salzburg soll schon für die Jüngsten ab dem ersten Tag die besten Möglichkeiten dafür bieten. Daher arbeiten wir für die beste Bildung und Betreuung unserer Kinder und für ein Angebot, dass das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt stellt und die Bedürfnisse unserer Familien abdeckt. Mit modernen Bildungseinrichtungen und engagierten PädagogInnen für unsere Kinder wollen wir Müttern und Vätern die Sicherheit bieten, dass Familie und Beruf vereinbar sind. Im Mittelpunkt unseres Bildungssystems muss das Wohl der Kinder stehen.

Alle gesellschaftlichen EntscheidungsträgerInnen erkannten in der Bildung stets das Fundament für die Gesellschaft der Zukunft. Für dieses gilt es, alle Chancen zu eröffnen und für Chancengerechtigkeit zu sorgen: Jedes Kind soll die Bildung erhalten, die seinen Stärken und Bedürfnissen entsprechend ist, dafür bietet unser bewährtes, differenziertes Bildungssystem eine sehr gute Basis. Die Herkunft eines Kindes darf nicht über seine Zukunft als Erwachsener entscheiden, dies wird durch den freien Zugang zu den öffentlichen Schulen gewährleistet. Leistung und Gerechtigkeit im Bildungswesen sind für den ÖAAB die Basis, auf die unser Bildungssystem aufbaut. Bildung ist auch die ökonomische Frage des 21. Jahrhunderts. Ein Land, das heute Bildungspotenziale vernachlässigt, fällt morgen wirtschaftlich zurück. Wir wollen die Salzburger Bildungspolitik gestalten, weiterentwickeln und modifizieren. Bildungspolitik entscheidet, wie wir mit dem größten Zukunftspotenzial unseres Landes umgehen – welche Chancen wir unseren Kindern und Jugendlichen, aber auch den Erwachsenen für ihre Zukunft eröffnen.

## **Jedes Kind, das einen Betreuungsplatz braucht, soll diesen bekommen.**

Um die unterschiedlichen Bedürfnisse in den Salzburger Regionen bestmöglich abzudecken, unterstützen wir die Gemeinden dabei, zum Wohl des Kindes jene Angebote zu schaffen, die vor Ort benötigt werden und wollen den starken Ausbau vor allem im Bereich der unter Dreijährigen weiterhin konsequent fortsetzen. Mit diesem Schwerpunkt im Bereich der Krabbelstuben investieren wir zielgerichtet dort, wo der Bedarf an Betreuungsplätzen am kräftigsten wächst. Unser Ziel ist klar: Jedes Kind, das einen Betreuungsplatz braucht, soll diesen bekommen. Damit machen wir Salzburg zum kinder- und zukunftsfreundlichsten Bundesland.

## **Mehr Vor- und Nachbereitungszeit im Kindergarten.**

Gruppenführende PädagogInnen soll eine ausreichende Vor- und Nachbearbeitungszeit pro Woche garantiert werden. Dieses Zeitpensum ist für eine qualitätsvolle Arbeit unumgänglich und beugt belastenden Arbeitsbedingungen vor. Das gewährleistet somit auch die bestmögliche Betreuung für unsere Kinder.

## **Mehr Flexibilität durch eine Verbesserung der Öffnungszeiten.**

Neben der Fortsetzung des quantitativen Ausbaus von hochwertigen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen sollen diese durch eine Attraktivierung der Rahmenbedingungen für die Familien noch mehr Flexibilität ermöglichen.

Daher werden wir die Gemeinden dabei unterstützen, das Angebot an den Tagesrandzeiten zu attraktivieren und die Schließtage in den Ferien zu reduzieren. Wir denken dabei beispielsweise auch an eine Kooperation mit anderen (Klein-) Gemeinden, um so die Ressourcen bestmöglich einzusetzen.

## **Beste Chancen für alle Kinder durch eine Sprachförderoffensive.**

Der Kindergarten bietet den Kindern als erste Bildungseinrichtung die Chance, bei der Entwicklung der Basiskompetenzen die bestmögliche Unterstützung zu erfahren. Unerlässlich für eine gelungene Integration und einen erfolgreichen Start in die weitere Bildungslaufbahn ist das Beherrschen der deutschen Sprache.

Der Besuch des Kindergartens ist für die Stärkung der Sprachkompetenzen von großer Bedeutung. Um möglichst frühzeitig etwaigen Defiziten entgegenwirken zu können, fordern wir vom Bund die Einführung eines zweiten verpflichtenden Kindergartenjahres für Kinder mit Deutschdefiziten. Zudem wollen wir die Sprachförderung im Kindergarten weiter ausbauen und intensivieren.

## **Wir werden den Bedürfnissen aller Kinder gerecht.**

Kinder mit besonderen Bedürfnissen verdienen unsere volle Unterstützung, gerade auch während der so prägenden Lebensphase, in der sie eine Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung besuchen. Sie brauchen eine Pädagogik, die zusammenführt, Individualität ermöglicht und die besten Entwicklungschancen bietet.

In diesem Sinn wollen wir den Bedürfnissen aller Kinder gerecht werden und durch einen weiteren Ausbau der Angebote die Rahmenbedingungen für die Kinder, die Eltern und die Einrichtungen weiter verbessern.

## **Erhöhung Karenzgeld.**

Die Voraussetzungen und der Anspruch auf das Karenzgeld in Österreich gelten grundsätzlich für jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer gleichermaßen. Dafür gibt es verschiedene Karenzmodelle. Die Höhe des Kinderbetreuungsgeldes wird je Modell berechnet. Das Kinderbetreuungsgeld bzw. Karenzgeld wird ab 2023 um 5,8 Prozent erhöht und durch einen Beschluss der Bundesregierung künftig jedes Jahr valorisiert.

Einen Anspruch auf Karenzgeld haben alle leibliche Eltern, sowie Adoptiv- und Pflegeeltern ab der Geburt des Kindes. Das Karenzgeld kann in verschiedenen Pauschalvarianten oder einkommensabhängig ausbezahlt werden. Es kann für Geburten ab 01. März 2017 zwischen dem einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld und dem flexiblen Kinderbetreuungsgeld gewählt werden. Zusätzlich kann bei gleicher partnerschaftlicher Aufteilung der Eltern ein Partnerschaftsbonus beantragt werden.

Die beschlossene Valorisierung bringt eine Erleichterung für die Eltern, da das Kinderbetreuungsgeld bzw. Karenzgeld über viele Jahre nicht angehoben wurde. Aufgrund der aktuellen Teuerungen und der damit verbundenen Belastungen für die Familien, fordern wir eine Ausweitung des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldes auf ein zweites Jahr. Damit einhergehend wäre eine Reform des flexiblen Kinderbetreuungsgeldes notwendig, bei welchem im selben Ausmaß des Gesamtvolumens die Tarife angepasst werden sollten.

Das ist ganz im Sinne einer familienfreundlichen Politik der aktuellen Bundesregierung und wäre eine weitere wichtige Entlastungsmaßnahme für die Eltern.

## **Wir fördern alle Talente – die beste Schule für jedes Kind.**

Wir wollen die besten Bildungschancen für unsere Kinder. Daher arbeiten wir stets daran, Schule sinnvoll und behutsam weiterzuentwickeln und die Kinder mit ihren Stärken und Schwächen in den Mittelpunkt zu stellen. So unterschiedlich wie die Talente der Kinder sollten auch die Schulen sein. Deshalb braucht es ein Bekenntnis zur Differenzierung in einem leistungsorientierten Schulsystem. Neben der persönlichen Entwicklung der jungen Menschen ist die konkrete Entfaltung von Talenten und Begabungen ein entscheidender Faktor. Die Talente der SchülerInnen sind unterschiedlich und sollen in unserem differenzierten Schulsystem besonders gut gefördert werden.

In enger Zusammenarbeit mit Einrichtungen zur Begabtenförderung wie Pro Talente-Salzburg und Initiativen der Bildungsberatung an den Nahtstellen wie dem Talente-Check, wollen wir die Potenziale aller SchülerInnen frühzeitig erkennen und in ihre Weiterentwicklung investieren.

## **LehrerInnenbildung und Rahmenbedingungen in der Schule.**

Durch moderne pädagogische Konzepte machen wir aus Schulen nicht nur Lernanstalten, sondern Erfahrungs- und Erkenntnisräume, um unsere Kinder und Jugendlichen auf die Herausforderungen der Lebens- und Arbeitswelt von morgen vorzubereiten. Die PädagogInnen der Salzburger Bildungseinrichtungen leisten hier hervorragende Arbeit. Ihre Herausforderungen werden vielfältiger und dabei verdienen sie zum Nutzen der ihnen anvertrauten SchülerInnen Anerkennung und tatkräftige Unterstützung.

Der akute LehrerInnenmangel gefährdet jedoch nachhaltig ein hochwertiges Bildungsangebot. Dieser hat neben langen bekannten demographischen Gründen auch hausgemachte Ursachen – wie eine überlange LehrerInnenbildung, die die jungen PädagogInnen zu wenig auf die jeweiligen konkreten Anforderungen vorbereitet, ein unattraktives neues LehrerInnendienstrecht, sowie unattraktive Anstellungsbedingungen für qualifizierte QuereinsteigerInnen.

## **Finanzierung eines breiten Schulangebots.**

Die Schulen brauchen autonome Entscheidungsmöglichkeiten über Unterrichtsstrukturen und Fördermaßnahmen. Die notwendigen Rahmenbedingungen und Ressourcen sind von der öffentlichen Hand im ausreichenden Umfang zur Verfügung zu stellen.

## **Schulische Betreuung ausbauen.**

Schulische Nachmittagsangebote sind eine wichtige Unterstützung für Familien und für die Förderung der SchülerInnen. Einige Kinder brauchen neben der schulischen Ausbildung zusätzliche Unterstützung, um ihre Lernziele zu erreichen.

Die Nachmittagsangebote an den Schulen müssen ausgebaut und verbessert werden. Attraktive Freizeiträume und pädagogisch auf LehrerInnen-Niveau ausgebildetes Personal müssen in ausreichendem Ausmaß vorhanden sein, damit Betreuungseinrichtungen nicht zu Aufbewahrungsstätten werden.

Dazu bedarf es als Sofortmaßnahme unbedingt der Anerkennung der Nachmittagsbetreuung als pädagogische Tätigkeit, die bestenfalls von den eigenen LehrerInnen geleistet werden soll - und daher der Zulassung von LehrerInnen im neuen Dienstrecht zum Freizeit-Teil der Tagesbetreuung. Hier ist es notwendig, dass durch eine Dienstrechtsnovelle in diesem Bereich, das Dienstrecht der AHS PädagogInnen dem der PflichtschullehrerInnen angepasst wird, die bereits Lernstunden halten dürfen.

Ziel ist es, Kindern aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien verstärkt flexible Betreuungsmöglichkeiten anbieten zu können, um ihre gesellschaftliche Integration durch Bildung zu fördern. Zugleich bedarf es einer leistungsfähigen Begabtenförderung.

### **PädagogInnen bei Integrationsherausforderungen nicht alleine lassen.**

Frühzeitige Bildung spielt eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung von MigrantInnen bei der Integration sowie beim nötigen Aufbau sozialer Beziehungen. Rund 30% aller Kinder in den Salzburger Pflichtschulen haben Deutsch nicht als Muttersprache. Die Tendenz ist steigend. LehrerInnen dürfen bei Integrationsherausforderungen nicht alleingelassen werden. Schulen sind Orte, wo viele Sprachen aufeinandertreffen und wo man sich auf eine Sprache einigen muss, um kommunizieren und unterrichten zu können.

# Wohnen

Der ÖAAB Salzburg steht für Eigentum im Allgemeinen und für erschwingliches Wohneigentum im Speziellen. Gerade angesichts der aktuellen Entwicklungen - wie etwa steigende Immobilienpreise, erhöhte Eigenkapitalerfordernisse und dem steigenden Zinsniveau - ist es wichtiger denn je, an allen möglichen Schrauben zu drehen, um Wohneigentum für möglichst viele Menschen leistbar zu machen. Dabei muss man auf allen politischen Ebenen aktiv werden und in unterschiedlichen Rechtsmaterien mit klugen Konzepten eingreifen.

Wenn es nicht mehr realistisch ist, sich durch eigenen Fleiß etwas aufzubauen, dürfen wir uns auch nicht wundern, wenn junge Menschen sich immer stärker für Teilzeit-Modelle entscheiden. Gerade als Volkspartei muss es unser Anspruch sein, Wohnen auf allen Ebenen von der Gemeinde bis zum Bund leistbarer zu machen.

Der Wunsch nach einem Eigenheim ist ein Zukunftsplan, wie ganz viele junge Menschen in Österreich ihn haben. Wir müssen auf allen Ebenen daran arbeiten, dass dieser Plan nicht Wunschtraum bleibt, sondern zur Realität wird.

## **Abschaffung der staatlichen Nebengebühren auf das erste Eigenheim.**

Bei Eigentumserwerb werden Nebenkosten in Höhe von mehr als 4,6 % des Kaufpreises (3,5 % Grunderwerbsteuer und 1,1 % Eintragungsgebühr) fällig. Bei der derzeitigen Preisstruktur am Immobilienmarkt kann das rasch zu Abgaben in der Höhe von mehreren 10.000en Euro führen. Um gerade Jungfamilien den Erwerb des ersten Eigenheims zu erleichtern, gilt es diese Nebenkosten – ohne Nachteil für die Gemeinden - für den ersten Eigentumserwerb abzuschaffen. Diese Begünstigung soll schon für den Grundstückserwerb Wirkung entfalten.

## **Paket für Wohneigentum.**

Für den ÖAAB Salzburg ist das Thema Wohnen - sei es im Bereich der Miete oder im Bereich des Eigentums - zentral. Der ÖAAB Salzburg bekennt sich selbstverständlich auch zu den Zielen im Bereich der Mietwohnung. Wir bekennen uns aktiv und unmissverständlich zur Förderung von Wohneigentum. Die Frage von leistbarem Wohneigentum ist für uns eine gesellschaftspolitische Frage der Freiheit, der Eigenständigkeit, der Leistung und der Altersvorsorge.

Wer Wohneigentum für viele SalzburgerInnen leistbar machen will, muss unter anderem der Spekulation mit diesem knappen Gut Einhalt gebieten. Das ist bereits durch die Einführung der befristeten Baulandneuwidmung passiert. Die Möglichkeit der Spekulation mit Bauland wurde dadurch beendet. Ebenso Vorreiter ist Salzburg bei der Frage der Mobilisierung von gewidmetem, unbebautem Alt-Bauland durch den Infrastrukturbereitstellungsbeitrag sowie durch die Einführung einer Leerstandabgabe und durch die Sicherstellung einer Hauptwohnsitznutzung durch die so genannte Positiverklärung im grauen Grundverkehr.



## **Auf das steigende Zinsniveau reagieren.**

Darüber hinaus wollen wir im Rahmen der Wohnbauförderung für bestimmte Zielgruppen wie etwa wachsende, junge oder kinderreiche Familien oder Alleinerziehende eine Zinsbeihilfe einführen. Dadurch wollen wir den Menschen zusätzliche Sicherheit geben. Der monatliche Wohnungsaufwand aus der Finanzierung wird dadurch auf maximal 40 % des Haushaltseinkommens beschränkt.

## **Eine grundlegende Reform der Wohnbauförderung.**

Der Budgetansatz für die Wohnbauförderung beläuft sich im Budget 2023 auf die Rekordsumme von 178 Millionen Euro. Leider ist es der zuständigen Landesrätin in den vergangenen Jahren nie gelungen, die zur Verfügung stehenden Mittel zielgerichtet einzusetzen. Jahr für Jahr blieben zweistellige Millionenbeträge unverbraucht. Das werden wir ändern. Das Wohnbauresort muss Dreh- und Angelpunkt einer ambitionierten und abteilungsübergreifenden Wohnbaupolitik werden und darf sich nicht auf das Auszahlen von Wohnbauförderungsgeldern und Wohnbeihilfe beschränken.

## **Raumordnung und Wohnbauförderung gemeinsam denken.**

Wir erachten die 119 Salzburger Gemeinden als unsere zentralen Partner, um aktive Bodenpolitik zu betreiben. So wollen wir als Land gemeinsam mit den Gemeinden Bauland sichern und Grundstücke im Sinne der Bevölkerung entwickeln. Wir wollen Baulandsicherungsmodelle in den Gemeinden für den förderbaren Wohnbau stärken: Aktive Bodenpolitik ist ein zentraler Schlüssel für leistbares Wohnen. Hier bedarf es einer professionellen Zusammenarbeit zwischen dem Land und den Gemeinden. Die Gemeinden haben das Instrument der Vertragsraumordnung und das Land muss sie dabei rechtlich wie auch finanziell stärker unterstützen, unter anderem durch eine verstärkte Förderung von Aufschließungskosten bei Wohnbauprojekten. Eine neu aufzustellende Land-Invest muss hier eine zentrale Rolle einnehmen.

## **Weiterentwicklung des Miet-Kauf-Modells.**

Mietkaufmodelle bieten gerade für den Mittelstand eine gute Chance Wohneigentum zu erlangen. Diese wollen wir gerade für junge Menschen, Alleinerziehende und Familien ausbauen und weiterentwickeln. Wir wollen durch ein Mietkaufmodell 2.0 einen neuen Weg ins Eigentum schaffen. Im Wesentlichen wollen wir, dass der Einstieg ins Eigentum ab dem ersten Tag und nicht erst nach 5 Jahren erfolgt. Der Vorteil dabei ist unter anderem, dass die Miete ab dem ersten Monat als Kredit-Tilgung angerechnet wird und die jährliche Wertsteigerung beim Ziehen der Kaufoption realisiert werden muss.

## **Dienstzeiten der Bediensteten den Bedürfnissen anpassen.**

Ein sehr intensiver Arbeitseinsatz ist im Pflegebereich Alltag. Insbesondere 24-Stunden Dienste stellen eine große Belastung für die Bediensteten dar. Hier gilt es besonders auf die Bedürfnisse der Bediensteten einzugehen und diese auch zu berücksichtigen. Dies gilt zum Beispiel beim Thema Kinderbetreuung, da die Kindergärten spätestens um 17:00 Uhr schließen. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Dienstpläne an die Erfordernisse der Bediensteten anzupassen. Dienstzeitstabilität ist wichtig, um den Menschen das Arbeiten zu erleichtern. Denn besonders in der Pflege führen Ausfallzeiten, Karenzzeiten, Krankenstände, Pflegefreistellungen, Sonderurlaube, Kuren / Reha, Fort- und Weiterbildungen zu einem verstärkten Personalnotstand, welcher nicht so leicht kompensiert werden kann. Dazu braucht es klare Planungssicherheit und kalkulierbare Dienstpläne, die auch halten und genügend Erholungszeiten zur Regeneration berücksichtigen. Das bezieht sich auch auf Anforderungen der jüngeren Generationen, für welche die „Work-Live Balance“ immer wichtiger wird. Dies gilt es zu berücksichtigen, um diese Generation auch im Beruf zu halten. Dies gilt aber auch für ältere MitarbeiterInnen, welche andere Ansprüche bei der Dienstplanung haben. Das erfordert neue Modelle und ein Umdenken für die Arbeit in der Pflege.

## **Einführung eines Zeitwertkontos.**

Viele MitarbeiterInnen im Pflegebereich sind großen Belastungen im Arbeitsalltag ausgesetzt. Insbesondere ab einem bestimmten Lebensalter nehmen die psychischen und physischen Belastungen erheblich zu. Daher unterstützen wir das Modell eines Zeitwertkontos im gesamten Pflegebereich. Dabei handelt es sich um ein Langzeitkonto, bei welchem Arbeitsstunden bis zur Pensionierung „gesammelt“ bzw. verbrauchbar sind. Dieses Zeitwertkonto soll die Gestaltung von Freizeit und Arbeitszeit im Interesse der ArbeitnehmerInnen verbessern und so vor Überlastung von MitarbeiterInnen im Alter vorbeugen. Denn eine Erwerbstätigkeit bis zum Pensionsalter ist oft aus gesundheitlichen Gründen gar nicht oder nur mit langen Fehlzeiten möglich. Durch die Einführung eines solchen flexiblen Arbeitszeitmodells wollen wir den Vorsprung im Kampf um die knappen Fachkräfte im Pflegebereich erreichen.

## **Mehr Entlastung für das Personal als Schlüssel für eine bessere Pflege.**

Für viele Bedienstete stellt der Nachtdienst eine zusätzliche Belastung dar, da dieser meistens alleine verrichtet werden muss. Das ist ein großer Stressfaktor für das Personal. Hier braucht es einen klar definierten Personalschlüssel für den Nachtdienst und damit auch mehr Personal. Die Belastung im Beruf wird bei gleichem Personalstand derzeit immer größer. Dabei dient das Pflegepersonal oftmals als Ersatz für Angehörige, die nicht so oft da sein können. Außerdem entstehen durch den Stressfaktor oftmals auch Probleme im privaten Bereich. Hier braucht es kompetente SozialarbeiterInnen zur Entlastung des Pflegepersonals. Eine weitere Herausforderung sind die aufwendigen Dokumentationen im Alltag. Dies ist oftmals auf eine veraltete Software zurückzuführen, was viel Zeit beansprucht, die dann für die Pflegebedürftigen fehlt. Eine Anpassung der Systeme mit einer schnellen Internetanbindung wäre hier eine große Erleichterung und würde die Prozesse beschleunigen. Auch wird im Alltag mehr Zeit benötigt, um SchülerInnen bzw. AbsolventInnen fachlich besser zu begleiten und sie bestmöglich in den Beruf einzuführen. Aufgrund der neuen Ausbildungsordnung und des Ärzte- und Arbeitszeitgesetzes ist die Anwesenheit und Kontinuität der Ärzte auf den Abteilungen wesentlich kürzer als in der Vergangenheit. Das erschwert den Alltagsdienst für die Pflegekräfte und sollte geändert werden.

## **Bessere Arbeitsbedingungen für das Personal.**

Im Dienstalltag finden sich auch so manche strukturellen Probleme, welche das Arbeiten erschweren. Es gibt oftmals zu wenig Schließfächer und die Umkleiden sind zu eng. Ebenso gibt es keine passende Rückzugsräume für Pausen bzw. adäquate Ruheräume. Auch gibt es einen Mangel an Besprechungsräumen, in denen sich Ärzte und Pfleger im Fachgespräch treffen und Fälle besprechen können (interprofessionelle Visiten). Diese werden derzeit bei Neubauten in der Planung aus Kostengründen herausgenommen. Dafür benötigt es einen konkreten Plan bei der Neuerrichtung von Gebäuden, um dem Personal den Alltag im Beruf zu erleichtern.

## **Entrümpelung der Bürokratie in der Arbeit.**

Mühsame und komplizierte Dokumentationspflichten erschweren den täglichen Einsatz für die Bediensteten in der Pflege. Hier braucht es eine klare Entrümpelung der Dokumentationspflichten und eine Vereinfachung der Prozeduren. Kompetenzen in der Pflege sind so zu definieren, dass sie der Ausbildung entsprechen und Pflegekräfte nicht in ihrer Kompetenz eingeschränkt sind. Anordnungs-kompetenz und Durchführungskompetenz gehören neu definiert (Stichwort „verstopfte Dauerkatheder“ und „Wundversorgung“).

## **Die beste Ausbildung für die Pflegekräfte der Zukunft.**

Die Ausbildung ist das wichtigste Fundament im Pflegebereich. In den kommenden Jahren werden sehr viele neue Pflegekräfte benötigt. Dabei braucht es ein effizientes Ausbildungssystem, um dem Pflegemangel entgegenzutreten.

Auch muss auf die Auszubildenden nach ihrem Abschluss Rücksicht genommen werden. Fortbildung, Aus- und Weiterbildung sollen bezahlt werden. Ebenso sollte eine höhere Einstufung möglich sein, wenn Vordienstzeiten stärker angerechnet werden. Auch die Vorbereitungszeit daheim z.B. für die Pflegebegleitung sollte angerechnet werden. Es stellt ein Problem dar, wenn nach 9 Gehaltsstufen kein Aufstieg mehr möglich ist. Das wirkt sich negativ auf die Motivation der MitarbeiterInnen aus.

## **Weitere Maßnahmen für eine bestmögliche Ausbildung im Pflegesystem.**

Alle Schulungsangebote im Bereich Pflege und Betreuung müssen mindestens einmal halbjährlich starten. Es dürfen keine langen Wartezeiten für Schulungswillige bestehen. Ausbildungs- und Schulungszeiten können im Rahmen eines Dienstverhältnisses bei vollem Gehalt bei einem Rechtsträger absolviert werden. In diesem Fall werden die im Rahmen der Ausbildung anfallenden zusätzlichen Gehaltskosten dem Rechtsträger refundiert.

## **Möglichkeit einer Zwischenprüfung im Rahmen mehrjähriger Pflegeausbildungen.**

Somit können beispielsweise GuKG-Studierende nach 2 Jahren mit der Pflegefachassistenz abschließen. Studierende könnten dann schon berufsbegleitend arbeiten. Die Durchlässigkeit zwischen den Ausbildungen wäre damit ebenso garantiert. Im Zuge der Ausbildung zur Pflegefachassistenz erfolgt ehestmöglich ein Abschluss zur Pflegeassistenz. Die Pflegefachassistenz-Ausbildung könnte somit berufsbegleitend bei vollem Gehalt (Refundierung über Land möglich) abgeschlossen werden. Die bereits erlernte Theorie kann in der Praxis gut vertieft werden.



**ÖAAB SALZBURG**  
Merianstraße 13 | 5020 Salzburg



0662 8698 33



[oeaab-sbg.at](http://oeaab-sbg.at)



[oeaab@oeaab-sbg.at](mailto:oeaab@oeaab-sbg.at)



[OEAAB.Salzburg](https://www.facebook.com/OEAAB.Salzburg)



[oeaab\\_sbg](https://www.instagram.com/oeaab_sbg)